

Das Bild der Deutschen von Polen im Wandel der Geschichte



Ein Working Paper der
RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.
im Rahmen des Projektes **perspektywa**

In Kooperation mit:

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

02.04.2012

In der Grenzregion von Mecklenburg-Vorpommern sind Vorbehalte gegenüber Polen und die Polen allgegenwärtig. So wird Polen als Ort der Armut und der Regellosigkeit gesehen, polnischen Bürgerinnen und Bürgern wird vermeintlicher Sozialmissbrauch unterstellt oder „die Polen“ werden für das gesunkene Sicherheitsgefühl durch die Öffnung der Grenzen verantwortlich gemacht. Der rechtsextremen Szene fällt es dadurch leicht, mit polenfeindlichen Äußerungen zu punkten, wie beispielsweise die NPD im Wahlkampf 2011 mit Parolen wie „Polen offen? Arbeit futsch! Auto weg!“ zeigte. Aber woher kommen diese Vorbehalte, sind sie erst in den letzten Jahren entstanden oder können solche Äußerungen auf ein tradiertes Fundament polenbezogener Ressentiments zurückgreifen?

Wie gegenwärtig Vorurteile gegenüber Polen – nicht nur im Grenzgebiet – sind, zeigt folgender Fall: Am 28. September 2007 hob das Landgericht Karlsruhe den Urteilsspruch einer Amtsrichterin auf, die einen eBay-Kunden verurteilt hatte, der ihrer Meinung nach offensichtliches Diebesgut gekauft hatte: Die Ware stammte aus Polen – „da müsse man Verdacht schöpfen“. Dieses Gerichtsverfahren zeigt, wie sehr bestimmte Stereotype über Polen gesellschaftlich akzeptiert sind – aber gleichzeitig auch, dass es Bemühungen gibt, diese zu überwinden.

Diese und andere Zuschreibungen negativer Eigenschaften über Polen und die Polen gibt es nicht erst in den letzten Jahren, sondern seit mehr oder weniger 200 Jahren, und sie lassen sich nicht nur bei den extremen Rechten finden. Dabei zeigt die historische Entwicklung der deutschen Wahrnehmung von Polen, dass die immer gleichen Stereotype und Vorurteile in nur gewandelter Form mehr oder weniger stark auftauchen.

Das Projekt „perspektywa“ der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. setzt sich mit diesen Ressentiments auseinander. Es hat zum Ziel, innerhalb und außerhalb der RAA Multiplikatoren in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen für das Problem der Polenfeindlichkeit zu sensibilisieren und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie dagegen vorgehen können. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Landkreis Vorpommern-Greifswald, der sich unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze befindet und in dem auch die rechtsextreme Szene besonders stark mit polenfeindlichen Ressentiments mobilisiert.

Niels Gatzke

Projektleiter „perspektywa“

Das Bild der Deutschen von Polen im Wandel der Geschichte

Abgrenzung durch Nationenbildung und die Polenbegeisterung

Bereits während den polnischen Teilungen, in der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in einer Zeit, in der in Europa verstärkt der Prozess der Nationenbildungen einsetzte, wurde in Deutschland ein negatives Bild vom Staat Polen gezeichnet. Durch viele Polen-Reisende aus Westeuropa, die Denkweisen der Aufklärung vertraten, entstand ein Bild von einem rückständigen, halbzivilisierten Staat, einer unregierbaren Adelsrepublik, von einer reformbedürftigen, mittelalterlichen Staatsform, die im Gegensatz zur bürgerlichen Rationalität und zur Modernität stehe.

So wurden vor allem in Deutschland die polnischen Teilungen durch Preußen, Russland und Österreich als zwangsläufiger Prozess betrachtet. Beruhend auf einer Unkenntnis der polnischen Kultur wurde die Zukunft der Polen in den annektierten Gebieten nur in der Assimilation gesehen. In dieser Zeit tauchte auch der ressentimentgeladene Begriff „polnische Wirtschaft“ zum ersten Mal auf. Mit „polnischer Wirtschaft“ bezeichnet man eine chaotische Unordentlichkeit, gepaart mit Rückständigkeit, Unfähigkeit und Faulheit. Er soll mit hierzu in Beziehung stehenden Begriffen wie Unregierbarkeit, Anarchie, Unreinlichkeit, Untauglichkeit die Verhältnisse in Polen erklären.

Mit dem Novemberaufstand in Polen von 1830/31 setzte eine emotionale Neubewertung Polens ein. Die Aufbruchsstimmung der polnischen Aufständischen erfasste auch beachtliche Teile des deutschen Bürgertums. Letzteres verglich den polnischen Unabhängigkeitskampf mit der Herstellung der Einheit in einem deutschen, demokratischen Staat. Der deutlichste Ausdruck dessen ist das Hambacher Fest am 27. Mai 1832 *„für Eure und unsere Freiheit“*. Es herrschte eine regelrechte „Polenbegeisterung“ in Deutschland, die starken Ausdruck in zahllosen Flugschriften, Zeitungsberichten, und -artikeln, Gedichten und Liedern fand. In hunderten von Polenliedern wurden nicht nur Sympathiebekundungen gegeben, sondern Polen wurde zum Symbol der Freiheit und die Polen zu Vorkämpfern für eine bessere Zukunft.

Die Nichtexistenz eines polnischen Staates erleichterte die Zuneigung zu Polen: Da es kein staatliches Gebilde war, sondern ein unscharfes Gebiet „jenseits der Weichsel“, konnte es je nach Bedarf dem östlichen oder westlichen Kulturraum zugeordnet werden. Damit entstanden zwei gegensätzliche Tendenzen im Bild von Polen, die bei Bedarf schnell in das jeweilig andere umschlagen können. Auf der einen Seite wurden den Polen überhöhte und idealisierte Attribute wie: tapfer, mutig und heldenhaft zugeschrieben, die Polen wurden bewundert für ihre Freiheitsliebe, ihr Eintreten für die gerechte Sache, ihren Mut, sich auch Stärkeren entgegenzustellen. Teile des deutschen Bürgertums fanden sich auch im Willen der politischen Führer nach fortschrittlichen Veränderungen wieder. Diese Bilder manifestieren sich im Stereotyp des „edlen Polen“ und der „schönen Polin“, wobei letztere nicht nur weiblichen Reiz

und Attraktivität besitzt, sondern auch eine Patriotin ist und sich für das verlorene Vaterland einsetzt.

Auf der anderen Seite galten Polen als disziplinos, sprunghaft und unberechenbar. Es existierte also die Meinung, Polen sei von seiner Wirtschafts- und Sozialverfassung her ein rückständiges Land, das sich nicht selbst effizient organisieren konnte und demnach zwangsläufig seine Staatlichkeit verlieren musste. Mit Goethes Worten: „Die Polen wären doch untergegangen, mussten nach ihrer ganzen verwirrten Sichtweise untergehen“. Auch andere bekannte Personen jener Zeit vertreten Vorurteile und Stereotype, so zum Beispiel Heinrich Heine, Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle und Karl Kautsky.

Polen und Deutschland im nationalen Konkurrenzverhältnis

Mit dem Völkerfrühling 1848 wandelte sich das Bündnis der deutschen und polnischen Nationalbewegungen in ein Konkurrenzverhältnis. Die Polen-Debatte in der Frankfurter Paulskirche vom 24. bis 27. Juli markierte das Ende der polenfreundlichen Einstellung in Deutschland. Die Mehrheit der Abgeordneten folgte dem Schriftsteller und Politiker Wilhelm Jordan, der die Solidarität der deutschen Liberalen mit Polen als einen „*Polenrausch*“, einen „*kosmopolitischen Idealismus*“ und als „*poetische Sentimentalität*“ abtat. Anlass der Debatte waren Auseinandersetzungen um die Provinz Posen. Jordan plädierte für einen „gesunden Volksegoismus“ und bezeichnete die deutschen Eroberungen in Polen als Naturnotwendigkeit.

Mit Blick auf Deutschlands Zukunft als Großmacht taten in der Folge deutsche Liberale und ehemals Polenbegeisterte ihre früheren Äußerungen als Jugendsünden ab. Von der in der studentischen Phase deutsch-polnischer Zusammenarbeit noch allseits anerkannten Forderung, dass Polen mit deutscher Hilfe wiederhergestellt werden müsse, war nun keine Rede mehr. Zugleich wird Polen in ein immer schlechteres Licht gerückt: Beispielsweise schreibt Ernst Moritz Arndt 1848: „*Die Polen und überhaupt der ganze slawische Stamm sind geringhaltiger als die Deutschen*“.

Die in Deutschland besonders hochgeschätzten bürgerlichen Tugenden wie „Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit“ wurden im 19. Jahrhundert zunehmend als deutsche Nationaltugenden interpretiert und markierten damit einen Gegenpol zu den den Polen unterstellten Eigenschaften. Damit wird deutlich, dass das deutsche Fremdbild von Polen und dessen Bevölkerung sich nur vor dem Selbstbild der „deutschen Ordnung“ manifestieren konnte. Polen wurden in dieser Zeit assoziiert mit Faulheit, Anarchie, Rückständigkeit, Korruption, Chaos und Egoismus. Die negative Wahrnehmung Polens als eine Nation, die nur aus Adel und Klerus sowie aus unwissenden Bauern besteht, machte es dem deutschen Bürgertum einfach, aus angeblich „fortschrittlichen“ Gründen antipolnisch zu sein.

Als besonders gefährlich wurde die Verbreitung der polnischen Sprache für die deutsche nationale Einheit gesehen, und Polen wurde für die Zwecke der Realpolitik des Deutschen Kaiserreiches instrumentalisiert. Insbesondere die preußische Germanisierungspolitik im polnischen Teilungsgebiet nutzte negative Stereotype von den Polen für propagandistische

Zwecke. Die Stereotype bekamen zum Teil rassistische Ausmaße, Polen wurden als „minderwertig“ angesehen.

Die antipolnischen Einstellungen steigerten sich während der Kaiserzeit bis zur Weimarer Republik, als ein unabhängiger polnischer Staat wiedererstand; die bisherigen negativen Stereotype wurden nun um die angebliche Aggressivität und Militanz der Polen ergänzt. Polen wurde als „Saison- und Räuberstaat“ bezeichnet. Vor allem in der Presse steigerte sich die Verachtung bis zu dem Punkt, an dem Polen mit Ungeziefer und Bestien in Verbindung gebracht wurden. Selbst die Wissenschaft spornte zu Gewalt und Hass an.

In traumatischen Erfahrungen von Gebietsabtretungen, Grenzkonflikten und turbulenten Abstimmungskämpfen trat nun der „polnische Reichsfeind“ für die gesamte Nation deutlich sichtbar als außenpolitischer Gegner hervor und symbolisierte für Deutsche schon durch seine Existenz den Verlust einer Großmachtstellung in Europa. Wechselweise wurden die Vorwürfe einer minderheitenfeindlichen Politik, aggressiver Rüstungsanstrengungen oder territorialer und wirtschaftlicher Expansionsabsichten erhoben; und die Stereotype über Polen wandelten sich in Deutschland zu Feindbildern.

Zwar hielten sich die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung in ihrer antipolnischen Propaganda bis Anfang 1939 aus taktischen Gründen zurück, sie knüpften dann aber an die früheren Vorbehalte und Stereotype an, um die deutsche Bevölkerung auf den Krieg einzustimmen und nach dem Ausbruch des Krieges ein noch brutaleres Vorgehen gegen die Polen im Krieg zu rechtfertigen. Der „Bromberger Blutsonntag“ oder der Film „Heimkehr“ (1941) waren Bestandteile der nationalsozialistischen Propaganda, um das Stereotyp von Polen als Mörder zu prägen. Zwar bescheinigte Adolf Hitler den Polen gewissermaßen auch gute Eigenschaften, so zum Beispiel in den tapferen polnischen Soldaten, aber zugleich bezeichnete er ihre Führung als unfähig und den Deutschen unterlegen. Die Polen wurden als „rassistisch minderwertig“ angesehen, mit der Konsequenz der Liquidierung der polnischen Intelligenz, der Massenaussiedlung in Richtung Osten und der Deportation von Zwangsarbeitern.

Ergebnis dieser Politik war nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Westverschiebung Polens auf Kosten der zu Deutschland gehörenden Gebiete jenseits und diesseits von Oder und Neiße. An das traditionelle Territorium Mecklenburgs wurde dabei der Westteil der preußischen Provinz Pommern angeschlossen, jedoch ausdrücklich „die Stadt Stettin ausgenommen“.

Die DDR und Polen

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstand somit ein mecklenburg-vorpommersches polnisch-westpommersches Grenzland, in dem in den ersten Jahren der genaue Grenzverlauf mehrmals zu Ungunsten Mecklenburgs – wie das Land ab 1947 hieß – geändert wurde. Die Nachkriegsjahre waren geprägt von der Unsicherheit, die eigene Heimat noch zu verlieren, wie bereits die traditionelle Metropole Stettin. Dabei war das persönliche Bild über die Polen bestimmt durch die Erinnerung an die abgetretenen Gebiete und den Verlust der Heimat von Millionen Deutschen. Im Gegensatz dazu war in der Anfangszeit der DDR die Freundschaft mit Polen offiziell verordnet. Die Führung der DDR bemühte sich um das Vertrauen der polnischen

Kommunisten. Mit der Entstalinisierung Polens 1956 änderte sich jedoch die Politik der DDR, die polnischen Kommunisten wurden nun als ideologisch unzuverlässig betrachtet.

Erst durch die gemeinsame Verurteilung des Prager Frühlings 1968, in der Zeit der Ersten Sekretäre Erich Honecker und Edward Gierek verbesserten sich die Beziehungen zwischen Polen und der DDR. 1972 wurde der visafreie Grenzverkehr eingeführt, und Millionen Bürger der DDR und Polens überquerten erstmals die gemeinsame Grenze. Wegen der Furcht vor dem Ausverkauf von „Mangelwaren“ durch polnische Bürger rief dies allerdings in der Bevölkerung der DDR einen Konflikt um die Warenverteilung hervor. Dennoch war die Ära Gierek von 1970 bis 1980 in den Beziehungen zwischen Polen und DDR das fruchtbarste Jahrzehnt. Die Offenheit und Gastfreundlichkeit der Polen wurde weithin geschätzt. Typisch waren Kommentare wie *„in Polen lässt es sich leben“* oder *„wir fühlen uns hier wie zu Hause“*.

Bei Entstehen der Solidarność benutzte die DDR-Führung jedoch wieder alte Stereotype von Polen, um ein Überspringen der polnischen Demokratiebewegung auf die DDR zu verhindern und um den Widerstand gegen die realsozialistische Herrschaft in Polen zu diskreditieren. Die demokratischen Streiks in Polen eigneten sich hervorragend, um das Bild der „polnischen Wirtschaft“ bewusst zu reaktivieren – das Schlagwort tauchte 1981 in der DDR plötzlich wieder auf. Das Klischee vom arbeitsunwilligen, faulen Polen, von polnischer Schlamperei und Misswirtschaft wurde in zahlreichen, oft böartigen Witzen mit den Streikenden Arbeitern in Polen verbunden. Entgegen der offiziellen Position der DDR wurden Begriffe wie „polnische Wirtschaft“ mehr oder weniger direkt von SED-Funktionären und Intellektuellen als „Erklärung“ für die Vorgänge im Nachbarland gebraucht.

Die Propagandamaßnahmen errichteten eine aus antipolnischen Ressentiments bestehende geistige Blockade, durch die die Bevölkerung nicht erkannte, dass die polnische Freiheitsbewegung auch für ihre Interessen wirkte. Ende der Achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts wurde das negative Image dann dadurch verstärkt, dass Polen in der DDR subventionierte Waren – vor allem Lebensmittel – aufkauften, um sie in Westberlin weiterzuverkaufen. Dennoch war es der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, der in seiner Regierungserklärung vom 19. April 1990 die Unverzichtbarkeit der völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze betonte und damit in Konflikt mit dem damaligen bundesdeutschen Kanzler Helmut Kohl geriet.

1990 – Der politische Umbruch

Mit den Veränderungen 1989/1990 wurde ein grundlegender Wandel in den bilateralen Beziehungen möglich. Polen gewann mit der deutschen Vereinigung für die deutsche Politik einen neuen Stellenwert, kein anderer Staat hatte ein solch starkes Eigeninteresse wie Deutschland, Polen in westeuropäische Strukturen einzubinden. Bei den politischen Eliten gehörte eine pro-polnische Einstellung gewissermaßen zur „political correctness“.

Aus Sicht der breiten Öffentlichkeit hatte die Überwindung des realexistierenden Sozialismus in Polen zunächst Eigenschaften der Polen in den Vordergrund gerückt, die kaum mit den gängigen Stereotypen zu vereinbaren waren: hohes Verantwortungsbewusstsein, Kreativität bei

der Lösung der Verfassungsprobleme am runden Tisch, Kooperationsbereitschaft etc. Dagegen schien die weitere innenpolitische Entwicklung die alten Vorurteile zu bestätigen: Unfähigkeit der politischen Eliten sich zu einigen, extreme Zersplitterung des Parteiensystems, ständige Regierungskrisen und Wechsel der Regierungschefs. In Polen wurde eine unberechenbare Bedrohung für das vereinte Deutschland gesehen. Auch die deutschen Medien zeigten nach 1990 Bilder von der empfundenen Rückständigkeit und dem Chaos in Polen. Die Polen seien zwar großartig, wenn Ausnahmesituationen herrschten, hieß es, verstünden es aber nicht, die Normalität zu bewältigen.

Die 1990er Jahre sind gekennzeichnet durch eine Asymmetrie zwischen dem positiveren Polenbild der wirtschaftlichen und politischen Eliten und der negativen Vorstellung der deutschen Gesellschaft, die der politischen Entwicklung nicht in der gleichen Geschwindigkeit folgte. So befürchtete vor der Einführung der Visafreiheit für die Polen im Jahre 1991 ein Teil der ostdeutschen und Berliner Presse einen „Ansturm der Barbaren“. *„Kaum gestohlen, schon in Polen“* reimte der damalige Pressesprecher der Bundesregierung in der Bild-Zeitung in Zusammenhang mit einem Autodiebstahl und ebnete damit einem weiteren der jetzt gängigen Polenbilder den Weg in die Öffentlichkeit.

Gerade in den 1990er Jahren kamen mit der Zuschreibung von illegalen Praktiken neue Formen alter Stereotype über Polen und seine Bevölkerung hinzu. Polen wurden als Kriminelle angesehen: Betrüger, Autodiebe und Zigarettenschmuggler. Gleichzeitig ließ sich jedoch beobachten, dass sich beide Gesellschaften schrittweise einander öffneten, wobei gerade die Einführung der Visafreiheit der wahrscheinlich wichtigste Beitrag zur beiderseitigen Vertrauensbildung war.

Deutschland setzte sich in der EU für einen schnellen Beitritt Polens ein, dabei traten aber auch Ängste vor Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, vor Billigkonkurrenz bei Dienstleistungen, vor der Abwanderung von Arbeitsplätzen und vor einem Ansteigen der Kriminalität hervor. Dabei symbolisierte Polen aber auch sämtliche Schwierigkeiten im Erweiterungsprozess der Europäischen Union, wie *„Die Zeit“* konstatierte, so wird *„der polnische Fliesenleger [...] von Franz Müntefering über Angela Merkel bis zu Guido Westerwelle stets dann angeführt, wenn es um Schwarzarbeit, Lohnkonkurrenz oder ähnliche deutsche Arbeitnehmerängste geht“*.

Ernüchterung nach dem EU-Beitritt

Gegenüber den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als die Aussöhnung mit Polen und deren Aufnahme in politische und militärische Bündnisse Westeuropas eine politische Selbstverständlichkeit waren, bedeuten die 2000er Jahre einen erheblichen Umschwung in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Harmonie der 1990er Jahre war vergessen und es wurde in der Rückschau von *„Versöhnungskitsch“* gesprochen. Zahlreiche Streitigkeiten auf der politischen Ebene dominierten das neue Jahrtausend, seien es transatlantische Fragen (die USA-Bindung Polens, der Irak-Krieg und der Raketenabwehrschild), europäische Fragen (die EU-Verfassung in 2003 und der EU-Reformvertrag in 2007), die Politik gegenüber der Russischen Föderation (im Veto gegen die Neuverhandlung des Freundschaftsvertrages zwischen der EU und der Russischen Föderation, die Ostseepipeline) oder verschiedene Modelle der

Geschichtspolitik (die Aktivitäten der deutschen Vertriebenenverbände, Vermögensansprüche oder die Debatte um einen Sitz von Erika Steinbach im Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibungen).

So formulierte im Juli 2002 der damalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen bei einem Besuch in Warschau in einem Interview mit der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, *„die Polen müssen verstehen, dass ihre nationale Geschichte und Tradition nicht ein Maßstab der Geschichte und der Tradition anderer europäischer Nationen sein können“*, um im Januar 2004 die *„Substanz der polnischen Argumente abenteuerlich“* zu finden. Dies zeigt neben einer überheblichen Position Deutschlands gegenüber Polen in den Debatten über die EU-Verträge, dass sich der offizielle Polendiskurs in Deutschland – in Krisensituationen – immer wieder auf die Unwirksamkeit der politischen und wirtschaftlichen Handlungen Polens und die Gebrechlichkeit des polnischen Staatswesens bezieht.

So behaupteten deutsche Medien im Jahre 2003, dass Polen nicht im Stande sei, Reformen im Irak durchzusetzen, da es selbst mit den Reformen im eigenen Land nicht zurechtkomme. Und „Die Zeit“ sah die Ursachen für die polnische *„Sturheit“* im Streit um die EU-Verfassung im Dezember desselben Jahres in vermeintlichen *„Misserfolgen der Innenpolitik und [in; d. Verf.] Warschauer miserabler Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft“*.

Diese politischen Turbulenzen und die begleitenden negativen Meldungen zeigten deutlich Einfluss auf die deutsche Bevölkerung. Neben der europäischen Politik waren es vor allem Berichte über die Kaczyński-Brüder, über die erzkonservative katholische Kirche und den „virulenten“ polnischen Antisemitismus, die Polen in den Augen der Deutschen als einen Hort der Rückständigkeit erscheinen ließen. Diese und die Debatte um Erika Steinbach 2009 zeigen wie stark die öffentlichen Debatten in Deutschland immer noch der nationalen Sichtweise verhaftet sind. Die Kritik an Polen zielt dabei darauf ab, die Unvereinbarkeit der polnischen politischen Kultur mit den in Westeuropa zugeschriebenen Standards zu entlarven.

Dennoch hat sich die gegenseitige Wahrnehmung in den letzten 20 Jahren zum Positiven verändert, dazu tragen neben den in den letzten Jahren verbesserten politischen Beziehungen, vor allem die persönlichen Beziehungen und vielen kleinen Projekte wie Schüler- und Studierendenaustausche, Handelsbeziehungen, Partnerschaften von Institutionen, Projekte von Nichtregierungsorganisationen oder einfach nur die Möglichkeit des unkomplizierten Reisens bei.

Literatur und Quellen

- Aischmann, Bernd (2009): Mecklenburg-Vorpommern, die Stadt Stettin ausgenommen. Eine zeitgeschichtliche Betrachtung, Schwerin.
- Becher, Ursula A.J. / Borodziej, Włodzimierz / Maier, Robert (Hrsg.) (2004): Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert. Analysen – Quellen – didaktische Hinweise, Bonn.
- Beste, Ralf / Didzoleit, Winfried / Puhl, Jan (2004): Ab in die Schmollecke, in: Der Spiegel Nr. 3/2004, 12.01.2004.
- Bingen, Dieter (2001): Deutsch-polnische Beziehungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung Nr. 273: Polen, Bonn.
- Diez, Georg (2007): Debatten-Figuren. Der Dachdecker in Rheinland-Pfalz, die thüringische Friseurin, der polnische Fliesenleger. Wenn Politiker volksnah argumentieren, fallen ihnen immer diese Menschen ein. Wir haben sie besucht, in: Zeitmagazin Leben, Nr. 33/2007, 09.08.2007.
- Falkowski, Mateusz / Popko, Agnieszka (2006): Polen und Deutsche. Gegenseitige Wahrnehmungen nach der Osterweiterung der Europäischen Union, Warszawa.
- Fischer, Peter (1991): Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939, Wiesbaden.
- Gatzke, Niels (2010): Polenbild in Deutschland: Wandel und Kontinuität - von Polen als Gegenbild der Aufklärung bis zur EU-Reformdebatte, Potsdam.
- Hofmann, Gunter (2007): Polnische Verkrümmung, in: Die Zeit, Nr. 26/2007, 21.06.2007.
- Jaranowski, Michal (1994): Das Bild Polens in der überregionalen westdeutschen Presse, in: Transodra 4/5, Winter 1993/94, S. 21-25.
- Kochanowski, Jerzy / Kosmala, Beate (Hrsg.) (2009): Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung, Potsdam / Warschau.
- Kosmala, Beate (2001): Polenbilder in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung Nr. 271: Vorurteile – Stereotype – Feindbilder, Bonn, S. 29 – 33.
- Lawaty, Andreas / Orłowski, Hubert (Hrsg.) (2003): Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, München.
- Lisiecki, Stanisław (Hrsg.) (1996): Die offene Grenze. Forschungsbericht polnisch-deutsche Grenzregion (1991-1993), Potsdam.
- Orłowski, Hubert (2004): Die Lesbarkeit von Stereotypen. Der deutsche Polendiskurs im Blick historischer Stereotypenforschung und historischer Semantik, Wrocław.
- Schmitdt-Häuser, Christian (2003): Der Held der Neinsager, in: Die Zeit, Nr. 52/2003, 17.12.2003.
- Storch, Dietmar (Red.) (1995): Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover.
- Wolff-Powęska, Anna / Bingen, Dieter (Hrsg.) (2005): Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004, Wiesbaden.
- Zimmermann, Hans Dieter (Hrsg.) (2000): Mythen und Stereotypen auf beiden Seiten der Oder. Schriftenreihe des Forum Guardini, Bd. 9, Berlin.

Autor: Niels Gatzke

Niels Gatzke ist Magister Politikwissenschaft und studierte in Potsdam, Wien und Toruń. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Politik und Geschichte Mittel- und Osteuropas, deutsch-polnische Beziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik. Zur Zeit ist er Bildungsreferent und Projektleiter eines Projektes gegen Polenfeindlichkeit und polenbezogene Ressentiments namens „perspektywa“ der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Das Projekt „perspektywa“ möchte für abwertende Stereotype und Wahrnehmungen von Polen und den Polen sensibilisieren und Handlungssicherheit im Umgang mit polenfeindlichen Einstellungen vermitteln. Unser Ziel ist es, eine langfristige, beständige und aktive Auseinandersetzung mit dem Problem der Polenfeindlichkeit anzuregen. Dabei wird auch Wissen über Polen und die Polen sowie das Interesse am Nachbarland gestärkt. Daher erarbeiten wir Bildungsangebote und Informationsmaterialien zu Entstehung, Wirkungsweisen und Funktionen von Polenfeindlichkeit. Davon ausgehend entwickeln wir Gegenargumente und vermitteln Erfahrungen, Kenntnisse und Empathie gegenüber Polen und den Polen.

perspektywa

greift das Problem polenbezogener Ressentiments in Mecklenburg-Vorpommern auf.

perspektywa

sensibilisiert für bestehende Stereotype über Polen und die Polen.

perspektywa

schafft Handlungssicherheit im Umgang mit Polenfeindlichkeit.

perspektywa

wird von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt und durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie die Freudenberg Stiftung gefördert.

Kontakt

RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.
perspektywa
Am Melzer See 1
17192 Waren (Müritz)

Niels Gatzke, Bettina Bork
Telefon +49 (0) 39 91 - 66 96 - 20
Fax +49 (0) 39 91 - 66 96 - 11
E-Mail perspektywa@raa-mv.de
Internet www.raa-mv.de
www.perspektywa.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

FREUDENBERG
STIFTUNG

